

Besondere Bedingungen und Anzeigenpreise sind in der Morgenausgabe angeschlossen.
Koblenz: 53. 66, Cindenzstraße 3
Fernsprecher: Dönhoff 202 - 207
Tel.-Kasse: Sozialdemokrat Berlin

Vorwärts

Berliner Volksblatt

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Verlag und Anzeigenabteilung:
Geschäftszeit 9-5 Uhr
Verleger: Vorwärts-Verlag GmbH,
Berlin 53, 66, Cindenzstraße 3
Fernsprecher: Dönhoff 202 - 207

Niederlagen der politischen Justiz.

Vertagung des Ksmus-Prozesses. - Enthüllungen über den Hermann-Prozess.

Chemnitz, 29. Januar. (Eigener Drahtbericht.) Am Schluß der gestrigen Verhandlungen hatten der Vorsitzende und der Staatsanwalt die Auffassung vertreten, daß zum Zweck der weiteren Information noch Belasteten verhandelt werden sollten. Die in ihnen enthaltenen 15 bis 20 Fälle sind, wie schon gestern mitgeteilt wurde, durch Beschlüsse der vorgelegten Behörden längst erledigt. Die Vertagung hatte von diesen Akten keine Kenntnis, da durch ein „bebauertes Versehen“ von der Oberstaatsanwaltschaft in Chemnitz eine entsprechende Mitteilung an die Verteidigung nicht erfolgt war. Auch der Angeklagte Genosse Ksmus hatte gegen das angekündigte Verfahren scharfsten Protest eingelegt. Zu Beginn der heutigen Verhandlung wollte das Gericht die Behandlung der Streitfrage aussetzen und weiterverhandeln. Der Vorsitzende zog einige von Ksmus eingestellte (?) Verfahren aus dem Jahre 1923 heran, um dem Genossen Ksmus und die Verteidigung aus ihrer Reserve zu locken.

Es kam zu stürmischen Auseinandersetzungen zwischen dem Gerichtshof und dem Anklagevertreter auf der einen und der Verteidigung auf der anderen Seite. Dr. Ksmus erklärte, daß ihm die vielen Fälle, die jetzt noch zur Verhandlung kommen sollten, und die schon Jahre zurückliegen, nicht mehr genau bekannt seien, daß er sich zu den Einzelheiten, auf die es ankomme, nicht mehr äußern könne und daß er in jedem Punkte eine erschöpfende Auskunft nicht geben könne. Die Verteidigung stellte immer wieder erneut in den Vordergrund, daß es unmöglich sei, längst eingestellte Verfahren heranzuziehen und Dr. Brand erklärte, daß das von dem Vorsitzenden vorgezeichnete Referat aus den Belastungen eine Umgehung der gesetzlich vorgeschriebenen Beweisüberhebung sei. Nach der Beratung verländerte das Gericht die Vertagung des Prozesses bis spätestens Ende März oder Anfang April, um der Verteidigung die Möglichkeit zu geben, die Akten zu studieren und neue Beweisanträge zu stellen. Damit hat der Ksmus-Prozess sein vorläufiges Ende erreicht. Es steht außer Zweifel, daß der Gerichtshof und der Staatsanwalt eine auffheuernde Niederlage erlitten haben.

Thüringer Rechtsausschuß.

Die Ordnungsgeregierung auf der Anklagebank.

Weimar, 29. Januar. (Eigener Drahtbericht.) In der Radikaltagsung des Justizuntersuchungsausschusses wurde der aus dem Reineckeprozeß bekannte Staatsanwalt Frieder zur Frage der Gehehlichkeit und Sauterkeit in den Hermann-Prozessen vernommen. Die Aussage gestaltete sich zu einer Anklage gegen das in Thüringen herrschende System, politische Prozesse gegen den Führer der Opposition zu machen. Frieder hat als Oberstaatsanwalt der Durchführung dieser Prozesse mit großem Bedenken entgegengesehen, weil er die Stellung der Staatsanwaltschaft für gefährdet angesehen hat. Die Anklagen in den Hermann-Prozessen habe er pflichtgemäß zu vertreten gehabt, dabei ständig vom Generallstaatsanwalt überwacht. Das müsse von ihm herabgehoben werden, weil über seine Tätigkeit und seine Person in der Öffentlichkeit ein schiefes Bild entstanden sei. Bei den ihm zur Vertretung übertragenen Anklagen gegen Hermann habe er den Eindruck gehabt, daß sie unzulänglich erschienen müßten, insbesondere seien Tatbestände unter Anklage gestellt worden, von denen er den Eindruck hatte, daß ihre Beweisbarkeit nicht schlüssig erschien. Disqualifikation, wie

beispielsweise der Vorwurf, sich einen Vermögensartikel verschafft zu haben zu Hermanns Kosten, ist in die Anklage hineingenommen worden, was nach Frieders Ansicht zu einer Verschärfung beitrug.

Er habe sich in der Hauptverhandlung geäußert gesehen, schließlich den Hermann insamerenden Vorwurf des Vermögensverfalls in der Anklage lassen zu lassen, obwohl ja staatsanwaltschaftlicher Meinung entsprechend der Generallstaatsanwalt von ihm erst befragt werden müßte.

Das hätte er aber wiederum nicht tun können, weil die Generallstaatsanwaltschaft in sämtlichen vier Verhandlungen des Hermann-Prozesses nicht vertreten war. Es sei ihm bis zum heutigen Tage von der Linkspresse nachgelogt worden, ersäuflichermesse aus dem schiefen Bild der Öffentlichkeit über ihn, daß er mit besonderer Schärfe gegen Anhänger der SPD vorgegangen sei. Daraus aber kann keine Rede sein. Obwohl er scharfer Antisozialist sei, habe er sich bemüht, die objektive Linie einzuhalten.

In einem der Hermann-Prozesse habe ein Vertreter des Justizministeriums ihn darauf hingewiesen, daß er gegen einen der Beteiligten Antrag auf Ehrenstrafen stellen solle. Da der Eile habe er dann diesen Antrag ohne Nachprüfung eingebracht, worauf er sich vom Gericht habe sagen lassen müssen, daß der Antrag nicht zulässig wäre. Auf die Einwendung eines Abgeordneten der Rechten, daß der Regierungsvertreter doch nur gegeben habe, den Antrag zu stellen, erwiderte Frieder: Wenn ein Vertreter des Justizministeriums in einer Sitzung sagt, ich bitte, so ist das nach der Stellung der Staatsanwaltschaft eine Anweisung. Nach theoretischen Auseinandersetzungen über die Frage des Anwaltsrechts erklärt Frieder:

„Die Anklagen gegen Hermann habe ich als unzulänglich empfunden. Aus späteren Prozessen habe ich dann den Eindruck gewonnen, daß hier ein gewisser Mißbrauch der Staatsanwaltschaft zu politischen Zwecken vorliegt.“

Den Vertretern der Rechtsparteien war diese Erklärung natürlich sehr unangenehm. Sie versuchten die Aussage zu entwerten. Aber Frieder bestärkte seine Worte ausdrücklich, indem er sagte:

„Ich gegen Hermann damals kriminal vorgegangen worden ist, betrachte ich als Mißbrauch der Staatsanwaltschaft. Selbstverständlich war damals für mich die spätere Erfahrung noch nicht so weit gediehen, daß ich für irgend einen Widerstand meinerseits schon damals genügende Gründe gehabt hätte.“

Frieders untertrich dann noch, daß er sich von der jetzigen Regierung politisch gebraucht und mißbraucht, aber gegen politische Angriffe in keiner Weise geschützt sei.

Ein nationalsozialistisches Blatt habe ihn, dessen Familie aus dem Sudenium Stamme, seiner Abstammung wegen angepöbel. Weder der eine noch der andere seiner Vorgesetzten habe ihn dagegen verteidigt und der Innenminister habe kein Wort für ihn im Landtag gesagt, als ihm eine Regierungspartei, die Dinter-Gruppe, nur der Konfession seiner Verfahren wegen das Recht absprach, Staatsanwalt zu sein. Als er sein staatsbürgerliches Recht auf Ausübung seines Amtes in Thüringen nicht geküßelt sah, habe er sich an den damaligen Reichsinnenminister Dr. Jarres um Hilfe gemeldet, worüber er weitere Aussagen nicht machen könne, da die Verhandlungen vertraulich gewesen seien.

Die Vernehmung Frieders wird heute fortgesetzt.

Die Kölner Zone am Sonntag frei.

Befreiungsfester am Winternacht.

Paris, 29. Januar. Amtlich wird mitgeteilt, daß die Botschafterkonferenz gestern Abend der Reichsregierung in Berlin eine Note hat zugehen lassen, in der sie dieser mitteilt, daß die Räumung der Kölner Zone am 31. Januar, nachts 12 Uhr, beendet sein wird.

Für die Nacht zum 1. Februar plant Oberbürgermeister Adenauer eine Betäubungsbombenabgabe am Kölner Dom, die durch Rundfunk aller Welt zugänglich gemacht werden soll.

Chamberlain bestätigt den deutschen Abrüstungswillen.

London, 29. Januar. (BTA.) Während des Empfangs englischer Pressenotizier durch Chamberlain wurde, wie die Wüter aus Paris melden, an den Staatssekretär u. a. die Frage richtet, ob Deutschland alles tue, was möglich sei, um seine Abrüstungsverpflichtungen zu erfüllen. Darauf erwiderte Chamberlain: „Ja, alles.“

Konflikt im pommerischen Provinziallandtag.

Stettin, 29. Januar. (Eigener Drahtbericht.) In der ersten Sitzung des neu gewählten Provinziallandtages kam es am Donnerstag zu stürmischen Szenen, da die pommerischen Junter der Sozialdemokratie als zweitstärksten Fraktion entgegen allen parlamentarischen Gepflogenheiten den ihr zustehenden Sitz im Präsidium und im Provinzialauschuß verweigerten. Gegenüber diesem Gewaltakt kündigten die Sozialdemokraten scharfe Opposition an. Schon im Verlauf der Sitzung kam es zu heftigen Kollisionen. Infolge der Obstruktion beanspruchten die Rechten der Kommissionen nicht weniger als neun Stunden. Die Provinzialnotizier der Deutschen Volkspartei gingen mit den Deutschnationalen durch dick und dünn.

Die Reichsbahn lehnt ab.

Sie widersetzt sich dem verbindlichen Schiedsspruch.

Wie aus von zuständiger Stelle mitgeteilt wird, hat der Verwaltungsrat der Deutschen Reichsbahngesellschaft gestern beschlossen, daß der verbindlich erklärte Schiedsspruch so lange nicht durchgeführt wird, bis das Reichsbahngericht, das zu diesem Zweck von der Reichsbahnverwaltung angerufen wird, entschieden hat. Die vertraglich bestehenden Eisenbahnerorganisationen werden morgen früh zusammenzutreten und zur Lage Stellung nehmen.

Einigung Moskau-Bern?

Genf, 29. Januar. (Eigener Drahtbericht.) Wie dem Berner „Bund“ aus Moskau gemeldet wird, rednet man in den führenden Sozialkreisen nunmehr bestimmt damit, daß eine Verständigung zwischen Rußland und der Schweiz zustande kommt und daß Rußland an der vorbereitenden Abrüstungskonferenz teilnehmen wird.

Bethlen und die Frankfälscher.

Mit den kompromittierten Ministern sollbarisch.

Budapest, 29. Januar. (Eigener Drahtbericht.) Ministerpräsident Graf Bethlen hat am Donnerstag das vielfach geäußerte Verlangen, sich verschiedener, durch die Frankfälschungen besonders kompromittierter Mitarbeiter im Kabinett zu entledigen, abgelehnt. Nicht nur von der Opposition, sondern auch aus den Kreisen der Regierungsparteien wurde immer wieder der Wunsch laut, daß der Innenminister, der Justizminister und der Unterrichtsminister sich unumgänglich gemacht hätten und nachzuweisen müßten. Aber Graf Bethlen erklärte sich mit allem seinen Kabinettsmitgliedern solidarisch, jedoch vorläufig mit einer Verhütung im Kabinett nicht zu rechnen ist.

Der Reichsetat 1926.

Unsoziale Gestaltung.

Den Beratungen über den Reichshaushalt für das Jahr 1926 kommt eine besondere Bedeutung zu. Im Mittelpunkt des Wirtschaftsprogramms des Reichsoberbundes der Industrie steht die Kritik an der Finanzpolitik des Reiches. Mit dem Verlangen nach durchgreifender Reorganisation der gesamten öffentlichen Verwaltung wird die Forderung nach einem schematischen Abbau aller Ausgaben um mindestens 20 Proz. gegenüber den Ausgaben vom Jahre 1924 verbunden. Es wird gleichzeitig gefordert, daß die von der Rechtsregierung im Sommer 1925 gegen die Linke durchgeführte Steuerreform erneut durch Herabsetzung wichtiger Besitzsteuern geändert werde.

Es ist also anzunehmen, daß die Beratungen des Reichsetats Anlaß geben, diesen Vorstoß der Industrie zu unterstützen. Ist dafür aber eine Möglichkeit gegeben und ist diese Forderung geeignet, die Gesundung der deutschen Wirtschaft zu fördern? Auch die Sozialdemokratie erstrebt die Verminderung der öffentlichen Lasten, soweit sie durch einen unweidmässigen Verwaltungsorganismus, durch zu hohe Ausgaben für militärische Zwecke oder sonstige entbehrliche Ausgaben verursacht werden. Sie wird es deshalb an einer sachlichen Prüfung des Reichsetats jetzt ebenso wenig fehlen lassen wie in früheren Jahren. Die entscheidende Frage aber, ob und in welchem Maße Abstriche an den Ausgaben möglich sind und demzufolge Steuerermäßigungen eintreten können, steht die Kenntnis der Zusammenlegung des Etats voraus. Diese Zusammenlegung sei deshalb zunächst in den Hauptpunkten kurz geschildert.

Die Gesamtbelastung des Reichs stellt sich nach dem Abschluß für 1926 auf 7419,6 Millionen Mark. Davon entfallen 7118,5 Millionen auf den ordentlichen Haushalt, 301,1 Millionen auf den außerordentlichen Haushalt. Sämtliche Ausgaben sollen durch Steuern, Abgaben usw. gedeckt werden, da die Möglichkeit für eine Deckung der außerordentlichen Ausgaben durch Aufnahme einer Anleihe noch nicht gegeben erscheint.

Wofür werden diese Beträge verwendet? Fast ein Drittel, nämlich 2357 Millionen, erhalten die Länder und Gemeinden als Anteile an den Reichsfinanzen. Rund 800 Millionen müssen an Reparationslasten gezahlt werden, weitere 800 Millionen sind für innere Kriegslasten zu entrichten. Für die eigentliche Verwaltung des Reichs bleiben daher nur noch etwa 4000 Millionen übrig. Von dieser Summe werden für die persönlichen Bezüge der Beamten, Angestellten und Arbeiter des Reichs 889,8 Millionen ausgegeben. (Für Soldaten des Heeres und der Marine befanden sich darunter 143 Millionen.) Die Pensionen sowie die Militärrenten für Kriegsschädigte erfordern 1557,2 Millionen. Für sachliche Ausgaben sind 1512,8 Millionen ausgeworfen.

Unter den fortdauernden sachlichen Ausgaben befinden sich folgende wichtigere Ausgabenposten: Zuschüsse des Reichs zu den Invalidenrenten 192 Millionen, unterstützende Erwerbsloosenfürsorge 40, produktive Erwerbsloosenfürsorge 60, sachliche Ausgaben für Heer und Marine 376, Ablösung der Marktanleihen des Reichs 180, Zahlungen an die Länder für die Schutzpolizei 190, für Zwecke der Invalidenversicherung 40, allgemeine sachliche Ausgaben der einzelnen Reichsbehörden zusammen 87 Millionen. Bei den einmaligen Ausgaben spielen die für Heer und Marine mit 80 Millionen die größte Rolle. Ihnen folgen die Aufwendungen für die Winter mit 26,5 Millionen, denen gegenüber sich die Sonderunterstützung für erwerbslose Tabakarbeiter und -angestellte mit 2 Millionen Mark außerordentlich scheiden ausnimmt.

Bei den Reparationszahlungen ist zu berücksichtigen, daß das Reparationsjahr vom September des einen bis August des nächsten Jahres läuft. Es deckt sich also nicht mit dem Rechnungsjahr (1. April bis 31. März). In das Rechnungsjahr 1926 fallen insoweit fünf Monate des zweiten Reparationsjahres (April bis August 1926) und sieben Monate des dritten Reparationsjahres (September 1926 bis März 1927). Die normalerweise zu zahlende Reparationssumme beträgt 454,4 Millionen. Da aber der Reichsblock durch die Erhöhung der Bier-, Tabak- und Zudersteuer die Einnahmen aus den der Entente verpfändeten Steuern stark erhöht hat, so erhöht sich auch die Reparationssumme zugunsten der Entente um 145,8 Millionen. Dafür muß sich das deutsche Volk bei den Deutschnationalen bedanken.

Vergleicht man die Ausgaben 1926 mit denen von 1923, so ergibt sich eine Ausgabenminderung von fast 350 Millionen. Trotzdem läßt sich bei gutem Willen eine weitere Ersparnis durchföhren. Sie wäre herbeizuföhren in erster Linie durch eine Vereinfachung der Verwaltung, die auch vor den sorgsam behüteten Sondervereinbarungen der Länder nicht haltmacht. Ferner aber auch durch eine Kürzung der übertriebenen Anforderungen für Heer und Marine. Außerdem aber auch durch eine Kürzung der Pensionslast, die durch die Unterhaltung der vielen Tausende verabschiedeter Offiziere und hoher Beamten entsteht; wenigstens soweit diese Kreise über hohes Arbeitseinkommen oder Vermögen verfügen.

Von den Einnahmen in Höhe von 7419,6 Millionen entfallen 6939,8 Millionen auf Einnahmen aus Steuern, Zöllen und Abgaben. Der Rest wird durch Verwaltungseinnahmen, Ueberschüssen des Jahres 1924 und aus dem Münz-

England-Italien-Europa. Vereinigung der Kriegsschulden.

Am Mittwoch unterzeichneten nach über achtstägiger Verhandlung der italienische Finanzminister Graf Upi und der englische Finanzminister Churchill ein Schuldensabkommen. Italien verpflichtete sich darin, eine jährliche Summe, die mit vier Millionen Pfund beginnt und nach acht Jahren um eine halbe Million zunimmt, 62 Jahre lang an England zu geben.

Dieses Abkommen paßt mit seinen bis 1987 laufenden Abzahlungsterminen in das Muster, das für die Rückzahlung der interalliierten Kriegsschulden allgemein angewandt wird. Es folgt auf die italienisch-amerikanische Schuldregelung, die im vorigen Herbst zustande kam und ebnet ebenso wie dieses für die beiden wichtigsten noch ausstehenden Schuldregelungen den Weg zwischen Frankreich einerseits und England und Amerika andererseits.

England hatte für 12 Milliarden Mark italienische Schadenschulden, die in den nächsten Monaten fällig wurden, in der Hand. Es begnügte sich mit einer Verzinsung, die etwa einem Siebentel dieses Kapitalwertes entspricht. Das bedeutet einen ganz außerordentlichen Schuldendienst. Churchill erläuterte ihm darin, „er habe auf Wunsch seiner Kollegen im Kabinett nicht nur die rein finanzielle Seite, sondern auch die erfreulichen Beziehungen zu Italien in Erwägung gezogen“. Somit haben die Rückkäufe der englischen Mittelmeerpolitik, im Hinblick wohl besonders auf die Konfliktmöglichkeit mit der Türkei, die Schuldregelung beeinflusst. Die englische Presse kritisiert oder begrüßt sie je nach der innerpolitischen Einstellung zu dem Kabinett Baldwin. Im ganzen bricht doch die Meinung durch, England habe sich durch sein Entgegenkommen um die Einigung der europäischen Völker ein neues Verdienst erworben. In Frankreich erregt die Bereitwilligkeit Englands, seinen italienischen Schuldner zu schonen, einiges Erstaunen. Man stellt fest, daß Frankreich ein so günstiges Angebot niemals gemacht worden sei. Briand wird in seiner Pariser Unterhaltung mit Chamberlain versuchen, dem britischen Staatsmann die Notwendigkeit einer franko-britischen Schuldregelung im gleichen Geiste nahezubringen; auch Amerika gegenüber, mit dem die Verhandlungen soeben begonnen haben, besitzt Frankreich nun den Hinweis auf den italienischen Präzedenzfall. Die für den Schuldner günstige anglo-italienische Schuldregelung schafft so für die künftige deutsche Reparationspolitik einen günstigen Boden: je leichter die Lasten der kontinentalen Alliierten an England und die Vereinten Staaten, je geringer die Schulden der europäischen Siegerstaaten an Amerika festgesetzt werden, um so leichter wird die Last Deutschlands in der endgültigen Reparationsregelung.

30 prozentige Zollerhöhung in Frankreich. Erstärkung der Verhandlungen mit Deutschland.

Paris, 28. Januar. (Eigener Drahtbericht.) Die französische Regierung kündigt einen Gesetzentwurf an, der die geltenden Sätze des französischen Zolltarifs um 30 Proz. erhöhen soll. Die Maßnahme, von der man eine Mehreinnahme von etwa 400 Millionen jährlich erwartet, wird begründet mit der Notwendigkeit, die bereits seit 1922 geltenden Tarife mit der inzwischen erfolgten Entwicklung des allgemeinen Preisniveaus in Einklang zu bringen. Auf die deutsch-französischen Handelsvertragsverhandlungen, deren Ergebnis dadurch erneut zugunsten Deutschlands präjudiziert wird, dürfte die geplante Erhöhung nicht ohne Rückwirkung bleiben.

Die Militärs gegen Truppenverminderung.

Paris, 28. Januar. (Eigener Drahtbericht.) Die von Briand und Chamberlain gemachten Mitteilungen über das Ergebnis ihres Reinigungsanstrengens glaubt der „Matin“ dahin ergänzen zu können, daß in der Frage der Herabsetzung der Besatzungstruppen im Rheinland beide Minister darüber einig gewesen seien, den deutschen Wünschen nach Möglichkeit entgegenzukommen. Dagegen habe die Frage des Zeitpunktes den Gegenstand längerer Diskussionen gebildet, über deren Ergebnis noch nichts bekannt geworden sei. In Wirklichkeit scheinen noch unklare Informationen die Dinge so zu liegen, daß der zweifelhafte bei beiden Regierungen vorhandene Wunsch, den Beschwerden der rheinischen Bevölkerung Rechnung zu tragen, auf schärfsten Widerstand der Militärs, und zwar nicht nur der französischen, stößt. Diese haben geltend gemacht, daß die Schlagfähigkeit der Truppe die Anwesenheit geschlossener Verbände erforderlich mache, und infolgedessen haben sowohl die englischen wie die deutschen Kommandostellen sich bisher gewehrt, unter die Stärke einer Division herabzugehen. Auf dieses Argument stützen sich auch die Militärfachverständigen Frankreichs, obwohl nicht weniger als über französische Divisionen im Rheinland stehen. Auf diese Opposition sind auch die in den letzten Tagen von London aus verbreiteten, im Wirklichkeit aber in Versailles, dem Sitz des Interalliierten Militärsankommis, entstandenen Harmonisierungsrichtlinien über die Nichterfüllung der deutschen Abrüstungsbestimmungen zurückzuführen.

Memorandumprozess Danier.

Beginn am Montag. — Öffentlich oder geheim?

Korrespondenz SS. meldet:

Wie wir erfahren, wird der Memorandumprozess Danier nunmehr doch am 1. Februar vor dem Schwurgericht des Sondergerichts III unter Vorsitz von Landgerichtsdirektor Bombe stattfinden. Das Gericht wird sich am Montag morgen zunächst mit der Frage zu beschäftigen, ob die Verhandlungen öffentlich oder geheim zu führen sind. Wie wir erfahren, will ein Teil der Beteiligten den Ausschluß der Öffentlichkeit im Interesse der Staatssicherheit beantragen, doch liegt bemerkenswerterweise ein solches Begehren von der Staatsanwaltschaft nicht vor. Das Gericht wird über die Frage öffentlich oder nicht öffentlich, also am Eingang der Verhandlung zu entscheiden haben.

Wie wir weiter erfahren, ist die Zahl der wegen der Memorandumprozess gemachten Verfahren in den letzten Tagen um zwei neue Fälle erweitert worden, die gegenwärtig von der Staatsanwaltschaft in Landsberg a. d. W. bearbeitet werden.

So, wie die Dinge liegen, laßt kein Zweifel darüber bestehen, daß für den Ausschluß der Öffentlichkeit in den Memorandumprozessen nicht der geringste Grund vorhanden ist. Grade das entgegengegesetzte Verhalten der Mecklenburger Gerichte hat darüber volle Klarheit geschaffen. Selbst in der deutsch-nationalen Presse wandte man sich gegen derartige Verfahrensmethoden. Es ist anzunehmen, daß sich die unfruchtliche Geheimkammer des Memorandumprozess Danier und den sich anschließenden Verfahren nicht wiederholt.

Der „gewichtige“ Kettenbrief.

Eigentlich ist es verwunderlich, daß es in den aufgeregten Großstädten noch immer solche Fülle von Wahrlagern, Kartenlegern, Astrologen und ähnlichen Schwindlern gibt, die hier nicht nur prächtig gedeihen, sondern sich auch wie die Pilze vermehren. Arme wie Reiche laufen zu ihnen und warten wegen der Nachfrage auf eine Konsultation oft stundenlang; ihr Glück, das sie bisher nicht zwingen, hoffen sie hier durch Wundermittel und Heilungsmittel zu gewinnen. Das geistige Niveau dieser scheinbar unheilbar Dummheit ist auch der beste Nährboden für den immer wiederkehrenden Kettenbrief, den angeblich ein „amerikanischer Offizier“ oder auch ein „romantischer Mann“ in die Welt geschickt hat, und der dem Glück verheißt, der ihn neunmal abschreibt und ihn an neun Tagen neun verschiedenen Menschen schickt. Unterläßt er es, so soll ihn statt des Glückes schweres Unglück treffen. Schon vor dem Kriege gab es diesen blässelbetrügerischen Brief und noch immer tauscht er irgendwo, trotz seiner handgreiflichen Sinnlosigkeit, Uebertreibungen und Spott haben bisher nicht vermocht, ihn zum Aussterben zu bringen. Vielleicht gelingt es, durch ein Rechenexempel Kettenbriefspezialisten zum Nachdenken zu bringen. Geseht, der Brief würde von dem ersten Empfänger neunmal abgeschrieben und neunmal verschickt. Von den neun Empfängern werden wieder neunmal welche verschickt und so fort, so hat im zehnten Gliede bereits etwa jeder vierte Mensch der Erde, die ungefähr 1764 Millionen Bewohner hat, einen solchen Brief empfangen; die Untkosten, pro Brief nur mit 10 Pfennigen angesetzt, betragen dann rund 434 Millionen, und nahezu 200 000 Briefträger, von denen jeder 15 Kilogramm trägt, sind mit der Verteilung der 10 Gramm schweren Briefe beschäftigt. Annähernd 145 Eisenbahnwagen zu 30 Tonnen Tragfähigkeit wären zum Transport dieser Post nötig. Rechnet man für Lesen und Abschreiben eines Briefes zwölf Minuten, so vergeuden die Menschen mehr als 10 000 Jahre damit. Wer nicht glaubt, daß Geld, Kraft und Zeit unbringenbarer verwendet werden können, der mag weiterhin Kettenbriefe in Umlauf setzen.

Preiswucher.

Für den Arbeiter ist das Schlimmste gut genug.

Vor wenigen Tagen berichteten wir von einer Bucheraffäre, die eine Weihenstephaner Großgärtnerin betraf und die mit deren Verurteilung zu 3000 R. Geldstrafe endete. Jetzt stand ein ähnlicher Fall vor dem Schöffengericht Berlin-Mitte gegen den Gemüsegärtner Otto Simon in Weihenstephan zur Verhandlung. Auch dieser Gemüsegärtner hatte Wirkungsmacht mit 6 R. pro Zentner an den Ackerhandel abgegeben, während der Großhandelspreis an dem betreffenden Tage nur 3,50 R. bzw. 4,50 R. für besten Rohb betrug. Die Anklage lautete auf Preiswucher. Eine etwas formale Wendung nahm die Angelegenheit, als der Angeklagte ein Gutachten über seine Geschäfte vorlegte, wonach er einen Zentner Kartoffeln mit keinem geforderten Preise realisieren konnte. Nach dem Gutachten hätte der Rohb sogar 6,60 R. (?) pro Zentner kosten müssen. Er hat also eigentlich noch menschenfreundlich gehandelt, da er ja seinen Rohb mit Verlust verkaufte. Das Gericht war aber anderer Meinung, zumal ein ähnlicher Fall vor wenigen Tagen ein ganz anderes Bild ergab. Es wurde beschlossen, von der Landuntergerichtsbarkeit gleichfalls ein Gutachten einzufordern und die Verhandlung bis dahin zu vertagen. — Ein weiterer Fall richtete sich gegen die Standinhaberin Bölow in der Zentralmarkthalle. Die Angeklagte hatte eine Sionge Weizenmehl mit 30 Pf. verkauft, während ein Preis von 25 Pf. bereits durchaus angemessen war. Die Standinhaberin wurde zu 20 R. Geldstrafe verurteilt. Sie wolle sofort Widerspruch einlegen, nahm diesen jedoch zurück, als sie erfuhr, daß die Strafe bei der nächsten Verhandlung noch ungenügender ausfallen könnte. — Der dritte Fall richtete sich gegen den Kartoffel- und Gemüsehändler Siemert aus Lichterfeld. S. hatte Kartoffeln zum Preise von 2,40 R. und 2,50 R. pro Zentner eingekauft und sie zu einem Zehnfachpreis von 25 Pf. an den Verbraucher abgegeben. Da die Verdienstsätze 25 Proz. betragen soll, hätten die Kartoffeln nur 30 bzw. 31 Pf. kosten dürfen. Der Angeklagte selbst konnte zu seiner Entschuldigung wenig anführen, um so lonkbare berührten die Erklärungen seines Verteidigers. Der Vorsitzende hatte nämlich gesagt, daß die ärmere Bevölkerung mit jedem Pfennig rechnen müsse, und daß es ein großer Unterschied sei, ob eine Arbeiterin 31 oder 35 Pf. für zehn Pfund Kartoffeln bezahle. Der Verteidiger führte sich bemüht zu sagen, daß, wenn man eben zu 35 Pf. keine guten Kartoffeln erhalten könne und Pfennige dabei eine Rolle spielen, man eben Kartoffeln essen müsse, die billiger und weniger gut sind. Mit anderen Worten: für den Arbeiter ist das Schlimmste gut genug. Einen gleichfalls sonderbaren Standpunkt nahm Herr Kummer als Vertreter der mittleren Preisprüfungsstelle und Herr Berchtold, M. d. R., als Sachverständiger (Wirtschaftsparier) ein. Nach ihren Angaben gäbe es seit anderthalb Jahren schon keine Preissteigerungen mehr, und im übrigen freie Bahn dem freien Handel — natürlich auf Kosten der Verbraucher. Siemert wurde zu 30 R. Geldstrafe verurteilt. In seiner Urteilsbegründung führte der Vorsitzende aus: Kartoffeln sind in weitem Maße Gegenstände des täglichen Bedarfs, von allem der ärmere Bevölkerung. Die gesetzliche Verdienstsätze hat der Angeklagte erheblich überschritten, und das Gericht nimmt zu seinen Gunsten nur laubhaftige Handlung an. Gerade Kartoffeln dürften nicht noch ober auf 10 Pf. abgerundet werden. Der Handel soll sich scheinbar noch immer nicht daran gewöhnen, mit Pfennigen zu rechnen, trotzdem erst kürzlich bekannt wurde, daß auf der Reichsbank Tausende von Mark in Kupfermünzen lagern, die nur darauf warten, in den Handel gebracht zu werden. Bisher hatten die Händler das Kupfergeld aber scheinbar nicht nötig, und es hat den Anschein, als ob sich alles mit Händen und Füßen gegen eine Pfennigrechnung sträube.

Die Steuern des Stadtrates.

In der Bezirksversammlung des 19. Kreises (Pankow) gab der Vorsitzende folgende Anfrage der SPD. bekannt:

Durch Dringlichkeit vom 9. Mai 1922, abgedruckt im Dienstblatt 1922, Nr. 837, ist die Ausübung einer bezahlten Nebenbeschäftigung den bedoteten Mitgliedern des Magistrats und der Bezirksämter nur mit Zustimmung beider städtischen Körperschaften gestattet. Nach uns gewordenen Mitteilungen über Herr Stadtrat Feuten eine derartige Nebenbeschäftigung aus. Wir fragen daher das Bezirksamt: 1. Ist dem Bezirksamt diese Nebenbeschäftigung bekannt? 2. Hat Herr Stadtrat Feuten die Zustimmung erhalten? 3. Haben Bezirksamt und Bezirksversammlung die Zustimmung gegeben? 4. Wann ist diese erteilt? 5. Welche Einnahmen sind erzielt und sind die gesetzlichen Steuern gezahlt? Weiter sind Gerüchte im Umlauf, nach denen Herr Stadtrat Feuten beim Kauf seines Hauses in der Kronprinzenträße der Steuerbehörde falsche Angaben über die Höhe des Kaufpreises gemacht und hierdurch eine Steuerhinterziehung begangen hat. — Wir fragen daher: 1. Sind dem Bezirksamt diese Gerüchte bekannt? 2. Wenn ja, was hat das Bezirksamt getan, um diesen Gerüchten entgegenzutreten?

Eine Beantwortung durch das Bezirksamt erfolgte nicht. In geht die Anfrage zunächst in den Geschäftsgang. — Die Fraktion der SPD. hatte einen Antrag eingebracht, auf sofortige Verurteilung einer Schulda an die Erwerbslosen zur Abhaltung ihrer Verhandlungen. Das Bezirksamt lehnte diese Forderung ab, da die Schulda durch die außerordentliche Inanspruchnahme sehr vielen Genossen Mühsal erkläre es für selbstverständlich, daß den Erwerbslosen Räume zur Befriedigung ihrer Angelegenheiten zur Verfügung gestellt werden. Die Versammlung erledigte

dann die Wahl der Deputationen und Ausschüsse. Zu der Aufweisung von Landarbeitern auf Gut Bionkenfelde sollte der Beschlusse aus dem gemilderten Ausschuß Bericht erstattet werden. Der Ausschuß hatte bereits seine Arbeit abgeschlossen. Er hatte das Borgehen der Gutverwaltung als gegen das Gesetz verstößend gekennzeichnet. Im Laufe der Versammlung wurde plötzlich eine weitere Sitzung einberufen und dem Ausschuß ein Schreiben des Gutverwalters, nicht des Aufsichtsrats, vorgelegt. Hiernach ist alles im völligen Einverständnis mit den Schrittern erledigt worden. Wenn noch in der Zusammenfassung des Nachrichtenblattes der Stadt Berlin an den „Vorwärts“ (21. Januar) bemerkt wird, „es waren Ausländer darunter“, so wird in dem Schreiben nur noch von einem Ausländer gesprochen. Das Nachrichtenblatt erklärt, daß die Wohnungen dort nicht hatten, übernahm sie das Obdach. Die Tatsachen liegen aber so, daß der Wagen mit den Menschen und Habseligkeiten stundenlang vor dem Rathaus in Pankow stand und hier bedrängtes Aufsehen erregte. Weiter verlangte das Nachrichtenblatt, die Leute müßten schließlich für die Nacht bei Privatleuten untergebracht werden. Diese Tatsachen sind auch in weiteren Verhandlungen nicht aus der Welt zu schaffen und deshalb war unter Redner der Auffassung, daß die Arbeit des Ausschusses abgeschlossen werden könnte. Die Beschlusse sollten trotzdem verabschiedet werden, um noch weitere Klärung zu schaffen. — In sehr vorgerückter Stunde kam die Versammlung zur Beratung des Haushalts für 1923, bei der vor allem gefordert wurde, daß Berlin mehr Verständnis für die Not des Bezirks zeigen möge.

Der nicht geeignete Mann.

Ein Arzt in einer großen Verkehrsstraße des Nordens inseriert, er könne zwei Zimmer an jemanden abgeben, der auf der Dringlichkeitsliste stehe. Am Tage darauf erscheint ein Mann bei ihm, der einen Schein des Wohnungsamtes auf eine Stube und Küche vorweist. Man wird bald einig, statt des einen Zimmers will ihm der Arzt die Küche überlassen. Am nächsten Tage geht man auf das Wohnungsamt, um die Angelegenheit in Ordnung zu bringen. Lange prüft der Beamte die Papiere und weiß nicht, was er anfangen soll. Er spricht von Vordringlichkeitsliste, die vor allem zu berücksichtigen sei, schüttelt den Kopf und schickt beide Männer zu dem Dezernenten. Dieser Herr ist sehr beschäftigt und wie es sich für einen höheren Beamten ziemt, kurz angebunden. Rein, ohne Vordringlichkeitsliste sei nichts zu machen, und übrigens, hierbei spricht er den Wohnungsuchenden, erstiene er ihm nicht „als der geeignete Mann“. Darauf erkundigt er, was das nicht beantwortet wird. Ja, die Vordringlichkeitsliste sei zu empfehlen, aber wie gesagt, er erscheint ihm nicht als der geeignete Mann. Ein Drauf kann nicht dinkler sprechen. Nach acht Tagen steht der Mann auf der Vordringlichkeitsliste. Wieder erscheint er vor dem Dezernenten, aber sein Resultat ist zu erwarten, man macht Ausflüchte und vertröstelet um ihn außerdem sehr beschäftigt, das geschah kurz nach Weihnachten. Der Mann wartet heute noch, ohne die näheren Gründe der Verzögerung zu wissen, auf die Erlaubnis, die Wohnung beziehen zu dürfen. So, unerforschlich sind die Wege mancher Behörden!

Zwei Kriminalkommissare als Angeklagte.

In die Affäre Iwan Kuller und Gebrüder Skopowier-Sachs spielt die Anklage hinein, die sich gegen die Kriminalkommissare Dr. Walter und Hans Schüler richtet, die heute vor dem Amtsgericht Graf Schulenburg als Einzelschlichter beim Amtsgericht Mitte begann. Die von Saisonwahlkommissar Dr. Lehmann vertretene Anklage wirft den beiden Kriminalkommissaren des Berliner Polizeipräsidiums vor, daß sie als in ihr Amt einschlagende an sich nicht pflichtwidrige Handlung, Geschenke angenommen haben, und zwar soll Sachs von dem Kaufmann Siegfried Sachs als Generaldirektor Skopowier zu Weihnachten 1922 Lebensmittel und eine Million Papiermark, von Iwan Kuller 200 R. erhalten haben. Schüler soll ebenfalls von Sachs-Skopowier Lebensmittel, eine Kettenschleife und eine Million Papiermark, von Iwan Kuller 200 R. erhalten haben. Die Angeklagten werden durch die Rechtsanwältin Dr. Hsberg und Dr. Dörmann verteidigt. Im ganzen sind zu der Verhandlung 23 Zeugen geladen. Iwan Kuller ist aber nicht erschienen. Dagegen wird Siegfried Skopowier aus der Untersuchungshaft vorgeführt. Die Angeklagten bestritten im bisherigen Verlauf der Verhandlung, sich irgendeine Schuld gemacht zu haben.

Die Anleihe der „Bewag“.

Die Berliner Städtische Elektrizitäts-Vergesellschaft (Bewag) hat mit dem Bankhaus Hüllgarten u. Co., New York, die Verhandlungen über eine Anleihe von 3 Millionen Dollar zum Abschluß gebracht. Die Schuldverschreibungen sind im Gesamtbetrag von 1 Million Dollar nach Ablauf von 2 Jahren und im Gesamtanbetrag von 2 Millionen Dollar nach 3 Jahren fällig. Die Obligationen sind mit einer Verzinsung von 6 1/2 Proz. ausgestattet, der Ausgabebetrag für die Schuldverschreibungen mit zweijähriger Laufzeit rund 96,2 Proz. für diejenigen mit dreijähriger Laufzeit rund 94,5 Proz. Bemerkenswert ist, daß die Anleihe unter Bürgschaft der Schwester-Vergesellschaft der Bewag, der Berliner Städtischen Gaswerk-Vergesellschaft, jedoch ohne eine Garantienübernahme durch die Stadt Berlin und ohne Einräumung irgendwelcher sonstiger Sicherheiten zustande gekommen ist. Der Erlös der Anleihe ist für die weitere Finanzierung der umfangreichen Bauvorhaben der Elektrizitätswerke bestimmt.

Die Lebensschädler gegen Preisabbau!

Am 28. Januar fand eine Sitzung der Reichsvereinigung Preisen statt. In dieser Sitzung äußerte sich Ulmeier-Kröner, der Vorstand des Interessenverbandes der Lebensschädler Groß-Berlins, zu der Preisfrage wie folgt: Angeht die der gesunkenen Viehpreise sei jetzt die Zeit gekommen, die Verdienstsätze der Lebensschädler zu erhöhen. Kommentar überflüssig. Man versteht jetzt den Widerstand der Handwerker gegen die Preisabbaugesetze, die ihnen einen Schlag durch die Rechnung machen sollen.

Eine Kamere Selbstanzeige erhaltete Anfang Januar d. J. der frühere Heizer des Rinnenbootes „Höhensfels“, der jetzige Schlosser Eugen Hennig aus Potsdam. Im Jahre 1917 will Hennig in einem Hamburger Hotel ein 18-jähriges Mädchen kennengelernt und an Bord genommen haben. Nach intimen Beziehungen im Hotelraum habe er dem Mädchen den Schädel eingeschlagen und die Leiche verbrannt.

„Lemles sel. Witwe.“ Das kleine neuerfundene, aber schon schicksalreiche Theaterchen in der Lützowstraße hat sich jetzt mit einem Stück dem Volksstück zugewandt und spielt einen dramatisierten Berliner Roman Erdmann Gröblers vor einem recht anspruchsvollen Publikum. Der Roman wirkt bestimmt origineller als das etwas schwerfällig gearbeitete Stück, das vor allem unter dem Mangel einer flotten Darstellung leidet. Es war eine ziemlich klägliche Gesellschaft, die sich zu auf der Bühne bewegte und, mit Ausnahme des Fräulein Ellen Gröner, die Temperament und Regung zeigte, und der Herren Sudi und Burghardt, unter dem Rocco besten stand, was man in Berlin beiseite fordern muß. Die Musik von Richard Hirsch war freundlich. Allerdings etwas abgerührt, aber langhart.

„Boll und Zeit“, unsere illustrierte Wochenchrift, liegt der heutigen Postausgabe bei.

Strecktafel der Groß-Berliner Partei-Organisation

3. Mt. Unter dem Namen Paul Dietrich ist ein Mitglied, den 27. Januar nachher, über einen anderen, in Verbindung mit dem 30. Januar mittags zwischen 12 Uhr, im Krematorium Pankow, die Leiche der Frau Dietrich zu sehen.

Gewerkschaftsbewegung

Reichstag gegen Reichsbahngesellschaft. Ein vernichtendes Urteil über die Personalpolitik.

Die Personalpolitik der Deutschen Reichsbahngesellschaft war Gegenstand einer lebhaften Aussprache im Reichstagsausschuss für die Reichsverhältnisse der Reichsbahn am Donnerstag. Ein gemeinsamer Antrag ersuchte die Reichsbahngesellschaft, Verhandlungen zur Aenderung des Reichsbahngesetzes, insbesondere des § 24, einzuleiten und dem Reichstag möglichst bald einen entsprechenden Gesetzentwurf vorzulegen. Das Kernstück der ganzen Debatte war jedoch eine Entschließung, in der es heißt:

„Die derzeitige Personalpolitik der Deutschen Reichsbahngesellschaft findet nicht die Billigung des Reichstages.“

Zusätzlich wird die bei Beratung des „Reichsbahn- und Reichsbahnpersonalgesetzes“ im Reichstag abgegebenen Erklärungen und Zusicherungen nicht eingehalten werden.“

Mit der Annahme dieser Entschließung, von der wir nur einige Teile veröffentlichen, hat der Reichstag in seiner Vertretung durch den 24. Ausschuss der Reichsbahngesellschaft den prägnantesten Stempel aufgedrückt. Es ist das Verdienst der sozialdemokratischen Vertreter, insbesondere unseres Genossen Steinkopf, bis in weite bürgerliche Kreise hinein die Volkseindlichkeit der offiziellen Reichsbahnpolitik gekennzeichnet zu haben. In den Reichsbahnbeamten wird es jetzt liegen, ihre ganze Wucht und Gesandtheit für die Wahrung ihrer Rechte einzusetzen.

Wie die Reichsbahn wirtschaftet.

Die Klagen über die Reichsbahn werden wohl nie verstummen. Ein besonderes Kapitel war bisher stets die Personalpolitik, deren Ziel es ist, mit weniger Arbeitsträgern dieselbe oder noch mehr Arbeit zu bewältigen als in der Vorkriegszeit. Ob diese Arbeit gewissenhaft ausgeführt werden, wie es zur Erhaltung des Betriebsmaterials dringend nötig ist, scheint der Reichsbahnverwaltung völlig gleichgültig zu sein.

Das trifft besonders auf die Betriebs- und Ausbesserungswerkstätten zu. Von einer gründlichen Instandsetzung des Wagen- und Maschinenparks kann bei dem letzten Entlohnungssystem und den schon fast beschränkten Belegschaften der Ausbesserungswerte nicht die Rede sein. Trotzdem will die Reichsbahngesellschaft im Direktionsbezirk Berlin in nächster Zeit ungefähr 400 in den Ausbesserungswerten Beschäftigte abbauen und das ohnehin schon riesige Arbeitslosenheer vergrößern helfen. Sie begründet diese „Sparmaßnahme“ mit dem stark zurückgegangenen Verkehr und der dadurch bedingten Ueberschüssigkeit der 400 Werkstattarbeiter.

Wir haben an dieser Stelle schon des öfteren gezeigt, wo die Reichsbahnverwaltung den Hebel ansetzen möchte, um wirklich zu sparen. Erinnerung sei nur an den Bahnschuh, die Korruptionsszulagen und dergleichen. Die dafür verpulverten Gelder würden mehr als ausreichend sein, um jeden Abbau nicht nur überflüssig zu machen, sondern die Einstellung von Arbeitern zu ermöglichen. Der jetzt im Bezirk Berlin beabsichtigte Abbau von 400 Arbeitern muß auf die Arbeiter angesichts der überaus hohen Arbeitslosigkeit wie eine Sparmaßnahme wirken. Die Arbeitslosigkeit wird durch solche Maßnahmen sicher nicht gehoben werden.

Die Arbeiter der Berliner Ausbesserungswerkstätten hatten am Donnerstag in einer überfüllten Versammlung in den Comeniusläden zu dem Abbau Stellung genommen und dagegen protestiert. Nach einem Bericht des Betriebsratsrats Schiemens, dem eine ausgedehnte Diskussion folgte, wurde eine Entschließung angenommen. In der gegen die geplante Maßnahme protestiert, an den HGB und die Reichstagsfraktionen appelliert und der Zusammenbruch in eine gemeinsame Organisation zur Ausrückung des Reichstagsentwurfes empfohlen wird.

Die Internationale Arbeitskonferenz 1927.

Musslinien gegen die Gewerkschaften.

Genf, 29. Januar. (Eigener Drahtbericht.) Der Verwaltungsrat des Internationalen Arbeitsamtes hat am Donnerstag werft die Tagesordnung der Internationalen Arbeitskonferenz von 1927 endgültig festgelegt und kann mit den vorliegenden Entwürfen sich beschäftigen. Als erste Beratungsgegenstände für die Konferenz von 1927 wurden einstimmig die Krankversicherung und das Konfliktionsrecht festgelegt. Als dritten Punkt der Tagesordnung wählte der Rat mit 13:7 Stimmen die Festsetzung von Mindestlöhnen für die am schlechtesten organisierten und entlohnten Arbeiterkategorien.

Von den Entwürfen zur Aenderung der Geschäftsordnung konnten in einer sehr langen und teilweise recht lebhaften Diskussion nur zwei erledigt werden. Ein Antrag des italienischen Regierungsvertreters auf Aushebung der Gruppenautonomie bei der Wahl der Kommissionsmitglieder, durch dessen Annahme die

sozialistischen Gewerkschaften in die Kommissionen zu gelangen hofften, und ein Antrag der Arbeitnehmergruppen auf Vergrößerung der Kommissionen wurden abgelehnt. Dagegen erhielt ein Vermittlungsantrag des italienischen Regierungsvertreters die Mehrheit. Danach sollen alle Delegierten der Arbeitskonferenz das Recht haben, den Kommissionsitzungen ihrer Gruppen beizuwohnen und das Wort zu ergreifen, allerdings ohne ein Stimmrecht zu besitzen.

Der italienische Regierungsvertreter kündigte die Absicht seiner Regierung an, ein Gutachten des Haager Gerichtshofes zu verlangen über die Frage, ob auch Nichtdelegierte der Arbeitskonferenz in den Verwaltungsrat des Internationalen Arbeitsamtes gewählt werden können. Dieser Antrag richtet sich gegen die Person des Genossen Dudgeest.

Als Vertreter der Arbeiterschaft in der Sachverständigenkommission für die Aufstellung des Programms der einzuberufenden

Arbeiter-Kultur-Kartell Groß-Berlin

Dritte Proletarische Feierstunde

am Sonntag, den 31. Januar 1926, vormittags 11 Uhr im Großen Schauspielhaus, Karloffstraße

Stimmen der Völker

Regitationen — Cielce — Gruppenhänze — Orgel — Violoncell — Klavier

Musikalische Leitung: Professor Max Saal

Ansprache: Genosse Arthur Crispian, M. d. R.

Mitwirkende: Karl Ebert (Schauspieler), Jona Kelmog (Südliche Oper), Otto Dunselberg (Orgel), Godfried Jeggander (Violoncell), Tomygemeinschaft Heria Jeltz (Berliner Laban-Schule)

internationalen Wirtschaftskonferenz sind die Genossen Eggert vom HGB, Jouhaug und Dudgeest gewählt worden; als vierter ist der Engländer Bugh in Aussicht genommen.

Generalversammlung der Hotelangestellten.

Fortschritte und Erfolge.

Der Zentralverband der Hotel-, Restaurant- und Café-Angestellten hielt seine diesjährige Jahrgeneralversammlung am 9. und 27. Januar im Berliner Gewerkschaftshaus ab. Aus dem von Saar erstatteten Geschäftsbericht geht hervor, daß die, von der Organisation geführten zwei Lohnbewegungen zu einem Erfolg geführt haben; im Februar des vergangenen Jahres wurden 10 bis 20 Proz. Lohnhöhung und im Oktober 10 Proz. weitere Lohnhöhung erzielt. Insgesamt wurden an Lohnhöhungen im abgelaufenen Jahr die Summe von 2 1/2 Millionen Mark erreicht.

In 1079 Fällen wurden vor dem Gewerbe- und Innungsstreitengericht 54 291 Mark für die Verbandsmitglieder in Einzelforderungen gewonnen. Einen großen Umfang in der Tätigkeit des Verbandes nahmen die Fragen der Verlängerung der Polizeistunde und der Abrundung der Prozenz der Reiner.

Im ganzen vergangenen Jahre mußte ein ununterbrochener Kampf gegen die nichtgewerkschaftliche und gewerkschaftliche Stellenvermittlung im Gastwirtsgerwerb geführt werden. Es bestanden im Gastwirtsgerwerb 20 Disziplinarvereine, deren Mäurer Gastwirte sind, die Stellenvermittlung betreiben. Darunter auch gleich mehrere deutsch-nationale und böhmische Reinervereine.

Mit den Bäckern und Konditoren bestehen Grenzstreitigkeiten, die zu Differenzen geführt haben. Gegen den Beschluß der Hauptverwaltung des Verbandes, den Verbandstag bis zum Jahre 1927 zu vertagen, wurde Einspruch eingelegt.

Die Massenverhältnisse des Zweigvereins Berlin des Verbandes gestalten sich durch die Beschlüsse des letzten Verbandstages, wonach den Zweigvereinen nur 15 Proz. der Gesamtentnahmen an Beiträgen verbleiben, ungünstig. In bezug auf die Mitgliederzahl zeigte das Jahr 1925 ein erfreuliches Ergebnis. Der Verband nahm in Berlin um 850 Mitglieder zu. Von der Funktionärerversammlung war die bisherige Leitung wieder in Vorschlag gebracht. Von der kommunistischen Opposition wurden Gegenanträge nur gegen den bisherigen Bevollmächtigten Saar gemacht. An seiner Stelle wurde der Beamte der kommunistischen Partei Schlor in Vorschlag gebracht. Bei der Abstimmung wurde der Genosse Saar mit 78 gegen 39 Stimmen, die auf Schlor fielen, wiedergewählt. Die übrigen Mitglieder der Disziplinierung, Hennings, Barnat und Grubert wurden mit 86 gegen 25 Stimmen wiedergewählt.

Konflikt in den Bau- und Geldschrankschlossereien.

Der Schwynerband Berliner Schlossereien hat den Tariforganisationen vom 7. Februar den Tarifvertrag für die Bau-, Geldschrank- und Möbelschlossereien gekündigt und eine Herabsetzung der Löhne um 15 Proz. beantragt. Seit einiger Zeit versuchen die Unternehmer auch, entgegen den Bestimmungen des Tarifvertrages die Leistungszuschläge für besonders qualifizierte Arbeiter abzubauen. Da sie aber damit bisher wenig

Erfolge erzielen, versuchen sie jetzt, nach dem Beispiel anderer Unternehmer, durch Rindigung des Tarifes zum Ziele zu gelangen.

Sie rechnen wahrscheinlich damit, daß ihre Arbeiter mit Rücksicht auf die augenblickliche Wirtschaftskrise den Lohnabbau ohne Widerstand hinnehmen würden. Da werden sie sich gewaltig verrechnen. Die Arbeiter denken nicht daran, den beabsichtigten Lohnabbau hinzunehmen.

Eine Vertrauensmännerversammlung hat zu der Situation bereits Stellung genommen und beschlossen, keinem Lohnabbau zuzustimmen und jedes Lohnabbaukündigt der Unternehmer sofort mit dem Streik zu beantworten.

Eine Vollversammlung der Bau- und Möbelschlosser, in der Krüger vom Metallarbeiterverband über die Situation berichtete, nahm mit großer Entrüstung von dem Vorgehen der Unternehmer Kenntnis. Sie verzichtete auf jede Diskussion darüber und stimmte einstimmig dem Beschluß der Vertrauensmänner zu, jeden Lohnabbau sofort mit dem Streik zu beantworten. Sollen die Unternehmer hartnäckig auf den Lohnabbau bestehen, so ist in den nächsten Tagen bestimmt mit einem Streik in dieser Branche zu rechnen.

Streikbewegung in Warschau.

Telephon, Straßenbahn, Gas und Elektrizität.

Warschau, 28. Januar. (Eigener Drahtbericht.) Das Personal der Warschauer Elektrischen Straßenbahn ist infolge Nichterfüllung seiner Forderungen in den Kampf getreten, nachdem auch ein Vermittlungsversuch des Arbeitsministers, Gen. Siemieniski kein Ergebnis gehabt hatte. Die Arbeiter der Gas- und Elektrizitätswerke sind bereit, die Straßenbahnen solidarisch zu unterstützen und es ist möglich, daß auch die Kraftwerke in den Streik einbezogen werden. — Der seit zwei Tagen andauernde Telefonistinnenstreik in Warschau ist vollständig. Die 800 Telefonistinnen halten sich ständig im Fernspreckamt auf, das sie nicht verlassen und in das sie keinen Fremden einlassen, so daß das Amt wie eine Festung halten. Man spricht davon, daß die Polizei beauftragt werden soll, die streikenden Beamten aus dem Amt zu entfernen. Die Zeitungsredaktionen und die Behörden werden jedoch verbunden, so daß diese Stellen telephonisch sprechen können.

Erhebung des IWA über die Arbeitsbedingungen im Bergbau.

Auf Grund eines Beschlusses der 7. Internationalen Arbeitskonferenz hat der Verwaltungsrat des Internationalen Arbeitsamtes auf seiner letzten Tagung das Amt beauftragt, eine Erhebung über die Arbeitsbedingungen der Bergarbeiter in den verschiedenen Ländern anzustellen. Er hat ferner für diese Arbeiten einen sechs-gliedrigen Ausschuss eingesetzt.

Diese vom Internationalen Bergarbeiterverband und vom Internationalen christlichen Gewerkschaftsverband angeregte Erhebung soll die wissenschaftlichen Unterlagen über die Arbeitsbedingungen im Kohlenbergbau der verschiedenen Länder unter besonderer Berücksichtigung der Löhne, der Arbeitszeit und des bezahlten jährlichen Urlaubes liefern.

Diese Unterlagen sollen den Bergarbeiterorganisationen insbesondere einen Ueberblick darüber verschaffen, inwieweit eine internationale Vereinheitlichung der Arbeitsbedingungen möglich ist, besonders auch im Hinblick auf die Lösung der augenblicklichen Weltkohlenkrise.

Eine Reihe von Unterlagen aus verschiedenen Ländern, welche einen ersten Ueberblick ermöglichen, liegt bereits vor. Das Internationale Arbeitsamt kann dem am 28. Januar in Genf zusammen-tretenden Ausschuss schon die ersten Ergebnisse seiner vorbereitenden Arbeiten vorlegen, so daß der Ausschuss nunmehr zur eigentlichen Erhebung und zur Veröffentlichung eines allgemeinen Berichtes schreiten kann.

Konflikt in der englischen Maschinenbauindustrie.

London, 29. Januar. (I.B.) Die Verhandlungen zwischen dem Verband der Arbeitgeber der Maschinenbauindustrie und 47 Gewerkschaften sind gestern abend plötzlich abgedrochen worden. Die Gewerkschaftsvertreter, die 1 1/2 Millionen Arbeiter vertreten, erklärten, daß sie sich für berechtigt hielten, jede geeignete erscheinende Aktion zu unternehmen, um zu verlangen, daß die erste Lage auf einer gemeinsamen Konferenz der Vollzugsausschüsse von den beteiligten Gewerkschaften beraten werde.

Bähr-Stiefel

(früher Bärenstiefel)

halbarster

Qualitätsstiefel

für

Strasse und Sport

nur bei

H. Bähr, Spittel-

markt 1



Gesellschaftskleidung

gefertigt in unseren eigenen Werkstätten, entspricht in Bezug auf Daßform, Eleganz und Güte selbst den verwöhntesten Ansprüchen und ist äußerst preiswert

Smoking-Anzüge, Melton- u. Tuchkammgarnstoffe

Mk 140.-, 110.-, 95.-

Frack-Anzüge, Foulé, Melton und Tuchkammgarn

Mk 180.-, 150.-, 95.-

Gehrock-Anzüge Prima Tuchkammgarn

Mk 130.-, 110.-

Abend-Anzüge, (Tanz-Anzüge) prima Melton u. Nammgarn

Mk 130.-, 100.-, 77.-

Frack-Westen, Waschzips

Mk 13.-, 11,80, 6,50

Frack-Westen Seiderzips

Mk 20.-, 18.-, 16.-

Röcke und Westen, schwarzen und marengo Cheviot

Mk 80.-, 65.-, 56.-

Sacco und Westen, marengo Cheviot

Mk 74.-, 65.-, 48.-

Leineweber

Berlin C. Köllnische Fischmarkt 4-6



Butter Nordstern



Verkaufsstellen:

NORDEN: Ofener Str. 14, Mollerstr. 126, Loderitzstr. 5, Soestr. 106, Fahnstr. 4, Triftstr. 41, Tegeler Str. 29, Gerichtstr. 8, Reinickendorf: Berliner Str. 3, Tegel: Berliner Str. 94, Treskowstr. 20 / **OSTEN:** Magazinstr. 17, Landwehrstr. 1, Winsstr. 5, Winsstr. 48, Naugarder Str. 6, Hufelandstr. 46, Hufelandstr. 16, Kniprodestr. 117, Zionskirchplatz 13, Swinemunder Str. 42, Steffiner Straße 38, Soldiner Str. 44, Drontholmer Str. 27, Schielelbeiner Str. 46, Bornholmer Str. 92, Weissenauer Langhauer Str. 18
SÜDOSTEN: Boddickerstr. 2, Oranienstr. 19a, Ratiborstr. 21, Neue Roßstr. 12 / **SÜDEN:** Tempelhof: Berliner Str. 160, Berliner Straße 125, Mariendorf: Chausseestr. 304 / **WESTEN:** Charlottenburg: Grolmansstr. 22, Lohmeierstr. 12, Schöneberg: Groß-Görschen-Str. 5, Kaiser-Friedrich-Str. 1, Friedenau: Rheinestr. 36, Lichterfeld: Drakstr. 25 / **NORDWESTEN:** Moabit: Alt-Moabit 128, Bochumer Straße 8

WEISSE WOCH

Allerfeinste deutsche Molkerei-
Butter
Pfund **1⁹⁶** Mk.

Nach Butter das Beste
„Nordstern Extra“
MARGARINE
Pfund **88** Pfg.

Voll-Reis
Pfund **21** Pfg.

Java-Reis
Pfund **36** Pfg.

Zucker
Pfund **28** Pfg.

Raffinade
Pfund **34** Pfg.

Nordstern-Gold
allerfeinstes Auszugmehl

Pfund **26** Pfennig

Weizengries
Pfund **28** Pfg.

Geschälte Erbsen
Pfund **34** Pfg.

Haferflocken
Pfund **28** Pfg.

Weiße Bohnen
Pfund **28** Pfg.

Eier-Mudeln
1/2 Pfd **35** Pfg.

Viktoria-Erbsen
Pfund **25** Pfg.

Machen Sie noch heute einen Versuch, Sie werden sich von der Güte unserer Waren überzeugen!!!

DIE WEISSE WOCH

Eine Veranstaltung, welche **sensationell wirken muß!** Es gelangen **Riesenposten** weißer Waren zu **unglaublich billigen Preisen** zum Verkauf. **Beachten** Sie bitte unsere Schaufenster **Stauen** werden Sie über die Preiswürdigkeit und **kaufen** im eigenen Interesse!

Nur wenige Beispiele herausgegriffen.

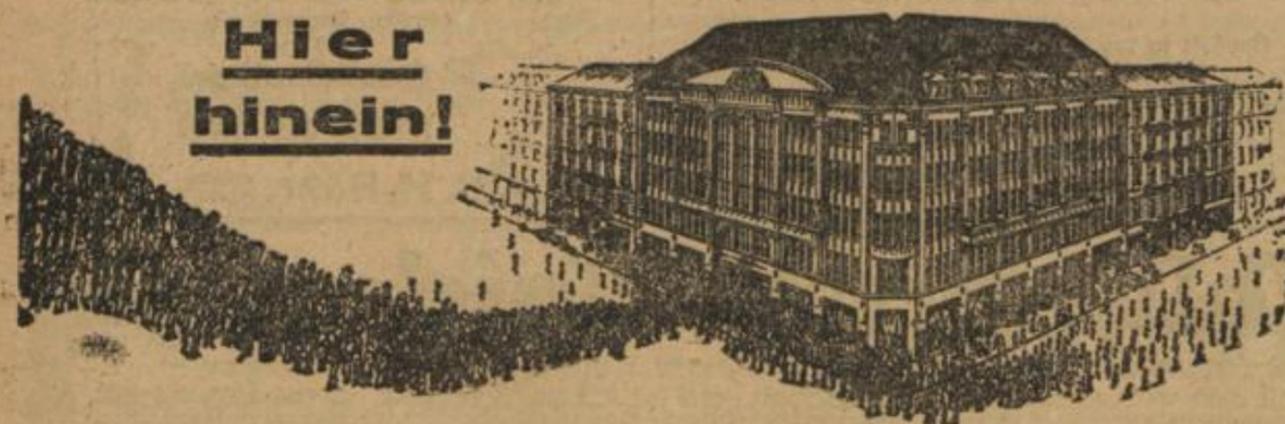
Damen - Hemden auch Batist mit Pianor Sticker zum Ausw. Pfg.	75	Dam. - Bekleid. mit Pianor Sticker zum Ausw. Pfg.	95	Unterhüllen Rieser- Posten m. Spitze u. Sticker zum Ausw. Pfg.	45	Prinzess-Röcke Pa. Stoff mit Sticker zum Ausw. M.	1 ⁹⁵	Damen-Strümpfe weiß zum Aus- suchen Pfg.	29	Stickerel, Spitze feinste Qualitäten Meter Pfg.	8
Etamine - Stores mit Spitze Stück Pfg.	95	Tischtücher ver- schieden. Größe, In Damen M.	2 ⁴⁵	Handtücher Prima Damen zum Aus- suchen Stück Pfg.	58	Oberhemden Prima Pique, weiß, zum Aus- suchen Stück M.	3 ⁹⁵	Herrnhemden mit Einsteck, extra- fein Stück M.	1 ⁹⁵	Damenkleider In Voll- Voll, modern M.	2 ⁹⁵

Kaufhaus Samm

G.M.S.B.
DANZIGERSTRASSE 98 AM HOCHBAHNHOF

früher Heyn & Goldschmidt
Beginn Freitag, den 29. Januar, 9 Uhr
Kongressabgabe vorbehalten.

**Hier
hinein!**



Geb. A. G.
Swinemünder Straße 86
Das große Warenhaus des Nordens

WEISSE WOCH

Ueberwältigend billige Preise in wirk-
lichen Qualitätswaren!
Beachten Sie die Schaufenster in der Gesamtfront des Hauses!

Gratis beim Einkauf von M. 5.—
einen großen Luftballon!